

Demokratisches Wochenblatt.

Organ der deutschen Volkspartei.

No. 48.

Leipzig, den 28. November.

1868.

Das Blatt erscheint jeden Sonnabend. Abonnementspreis vierteljährlich bei allen deutschen Postanstalten sowie hier am Plage einschließlich Bringerlohn 12½ Ngr.; einzelne Nummern 1 Ngr. Abonnements für Leipzig nehmen entgegen die Herren G. Hofmann, Brühl 40, G. Richter, Peterssteinweg 7, Leipziger Consumverein, Universitätsstraße, und die Expedition d. Blattes in der Wohnung des Herrn A. Bebel, Petersstraße 18. Für Dresden Filial-Expedition F. W. Grellmann, Ballstraße 10. Agent in London für England, Indien, China, Japan, Australien, Südamerika etc. die deutsche Buchhandlung von Franz Thimm, 24 Brook Street, Grosvenor Square, London. Agent für London: A. Duenjng, Foreign Bookseller, Librarian and Newsagent, 8, Little Newport Street, Leicester Square, W. C.

Die geehrten hiesigen Abonnenten ersuchen wir dringend, falls das Blatt bis Sonnabend Abend nicht in ihren Händen ist, uns gefälligst brieflich (unfrankirt) oder mündlich sofort Nachricht zu geben.

Expedition des Demokr. Wochenblatts.

Inhalt: Politische Uebersicht. — An die Arbeiter. — Der fünfte Vereinstag deutscher Arbeitervereine zu Nürnberg. — Internationale Arbeiter-Assoziation. — Die demokratischen Ziele und die deutschen Arbeiter. — Aus England. — Anzeige.

Politische Uebersicht.

Das alte Europa stirbt und das neue Europa wird unter Schmerzen geboren. Wo wir hinschauen, regt sich die frische Jugendkraft der Völker; an allen entscheidenden Punkten haben die Prinzipien der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit ihr heiliges Banner entfaltet, und die abgelsbten Formen der Vergangenheit, die unnatürlichen Schöpfungen der Selbstsucht, des Ehrgeizes und der Kurzsichtigkeit sind dem Untergang geweiht. Mag auch der Absolutismus seine Kräfte zu einem letzten Verzweilungskampfe zusammenschaffen — er steht am Anfang des Endes, und keine Macht der Erde kann der unterdrückten Menschheit den Sieg entreißen.

In Frankreich öffnet sich langsam aber sicher der Krater der Revolution. Die Nation, welche 17 Jahre lang wie betäubt dagelegen, ist durch die spanischen Ereignisse zu vollem Bewußtsein erweckt worden; das „Verbrechen“ des zweiten Decembers, das so unsägliche Schmach über sie gebracht, steht frisch vor ihren Augen, als wäre es erst gestern geschehen, und voll edlen Zorns, entschlossen, die Freveler zu bestrafen, das Unrecht zu rühnen, erhebt sie sich mit majestätischer Würde. Keine Gewaltmaßregel vermag das Volk mehr einzuschüchtern. Gleich nach der jüngst erfolgten Verurteilung der angeblichen Urheber der Baudin-Demonstration (für die „gemordeten“ Opfer des Staatsstreichs) ließen Tausende von Studenten und Arbeitern in den Straßen von Paris den Ruf: Es lebe die Republik! erschallen, und so drohend war die Haltung der Menge, daß die Polizei nicht einzuschreiten wagte. Die Regierung sucht zwar wieder das „rothe Gespenst“ an die Wand zu malen, und die Bürger durch Duldung sozialistischer Angriffe auf das „Eigenthum“ in's Vordhorn zu jagen, allein ein gebranntes Kind scheut das Feuer, und ein großer Theil der französischen Bürger ist zu der Ueberzeugung gelangt, daß er vom Sozialismus in seinen äußersten Consequenzen weniger zu befürchten hat, als von dem Cäsarismus, der mit der Freiheit auch den

Nationalwohlstand vernichtet, und den Staat zu einem Kirchhof macht.

Der Kaiser schwankt rathlos hin und her. Soll er den Angriff der Revolution abwarten, oder ihm durch einen Krieg gegen Preußen zuvorkommen? Das ist die Frage, auf die er die Antwort noch nicht gefunden hat. Man sagt, unmittelbar vor dem Ausbruch der spanischen Krise habe er der Armee den Marschbefehl ertheilt gehabt, ihn aber schleunigst nach Empfang der Hiobspost zurückgezogen. Es klingt das nicht unwahrscheinlich, wenn wir die damalige Lage der Dinge in's Auge fassen. Jetzt muß Bonaparte erkannt haben, daß ihm von Spanien her keine materielle Gefahr droht, nur die moralische des Beispiels — wie lange wird er zaudern?

Die Nachrichten aus Spanien sind durchaus günstig. Die Republikaner organisiren sich mit bewunderungswürdigem Eifer und Geschick. Sie haben soeben ein Manifest erlassen, das in den Hauptstellen also lautet:

„Die Gleichheit der Rechte, jene Gleichheit, welche das große Prinzip der demokratischen Partei ist, die Gleichheit, welche die Ausdehnung jeder Freiheit auf alle Menschen ist, diese Gleichheit kann nicht bestehen, wo eine Familie die bedeutendsten sozialen Funktionen in ihrer Wirksamkeit hemmt, die Autorität und die Macht nämlich. Die Freiheit, das Fundamentalprinzip des Lebens, macht Halt vor einem unverantwortlichen, unverlethlichen und erblichen Throne, der, jeder Kritik entzogen, in unnahbaren Sphären steht und durch seine eigene Organisation, durch seine wesentlichen Attribute alle, aber absolut alle Rechte begrenzt, die krankhaft werden und bei ihrer Ungefestigkeit gleichsam ohne Frucht zu tragen ins Kraut schießen müssen, wenn sie nicht in ihrer Sphäre sich zu ihrer eigentümlichen Form, d. h. zur Republik entwickeln können. So sind denn die Mitglieder des Comité's auf das Verlangen von Tausenden ihrer politischen Gesinnungsgenossen zusammengetreten und haben mit Stimmeneinigkeit den Beschluß gefaßt, als die Hauptidee ihres politischen Glaubensbekenntnisses, als die unumgängliche Form des demokratischen Prinzips, als das Hauptbedürfniß der Gegenwart, als die logische Folge der Revolution, als die Idee, welche uns mit allen Völkern eint und von allen Despoten trennt, als die Lösung, welche in der Presse, in den Versammlungen, im Parlamente, in der sicheren Voraussetzung ihres demnächstigen und definitiven Triumphes zu erstreben ist — sie haben, sagen wir, den Beschluß gefaßt, die Republik zu proklamiren. Durch die Republik und mit der Republik sichern wir die individuellen Rechte, indem wir sie außer Gefahr vor jedem Angriff irgend einer Gewalt setzen. Mit der Republik und durch die Republik realisiren wir das große Prinzip der Volkshoheit, ohne daß es durch irgend eine Constitution begrenzt, noch durch irgend einen Sophismus verbunkelt werde. Mit der Republik und durch die Republik wird durch die umfangreichste Decentralisation die Gemeinde ihre Autonomie und die

Provinz ihre Lebensbedingungen und ihr Recht wieder gewinnen. Die Republik, die Republik allein kann es erreichen, daß das Centralparlament aus allgemeinen Volksmahlen hervorgeht, die höchste ausführende Gewalt aber aus dem Parlamente, wie es in der Schweiz der Fall ist, wie es der Fall war in der glorreichsten Zeit unserer Geschichte, während der Cortes in Cadix, welche uns die Freiheit und ein Vaterland gegeben haben, ohne daß es jener Präsidenschaft bedürft hätte, die so sehr den Monarchien gleichen und den ungezügeltsten menschlichen Ehrgeiz so stark in Versuchung führen. Mit der Republik und durch die Republik lösen wir eines der größten Probleme unseres Jahrhunderts, das Problem, welches ihm in der Geschichte zum Rechtsanspruch auf Ehre und Ruhm werden wird: die untrennbare Vereinigung des demokratischen Prinzips und der Freiheit. Die Republik wird uns die Freiheiten geben, welche uns mangeln, sie wird uns die sichern, welche wir bereits errungen haben: Die Freiheit des Gedankens und des Gewissens, die Freiheit des Unterrichts und des Cultus, die radikale Trennung der Kirche und des Staates. Die Republik wird uns für die Wahlen zu den Gemeindevertretungen, zu den Provinzialdeputationen und den Cortes das allgemeine Stimmrecht geben. Die Republik wird die Wohnung gegen jede Verletzung sichern; das Eigentum gegen jeden Angriff, die Arbeit gegen jede Ausbeutung und Knechtschaft, Credit und Handel gegen alle künstlichen Schranken, welche in den alten Monarchien durch absurde Privilegien und monarchische Fiktion errichtet wurden. Die Republik wird die Freiheit der Versammlung mit solcher Festigkeit schützen, daß die Arbeiter selbst im vollen Genuße ihrer Würde und ihrer Freiheit das soziale Problem zu lösen im Stande sein werden, durch welches die enterbten Klassen in Regionen erhoben werden sollen, in denen sich erst wirklich leben läßt. Die Republik, das ist der auf seine natürlichen Grenzen und auf seine uranfänglichen Funktionen zurückgeführte Staat. Sie ist die Gesellschaft, die sich an Stelle der willkürlichen Gesetze der alten Regierungen setzt, sie bedeutet Abschaffung der Todesstrafe, Reformation der Strafgesetzgebung, Rückgabe der Autonomie an die so lange unterdrückten und ausgebeuteten Provinzen, Reduzierung des Budgets auf die Hälfte seiner jetzigen scandalösen Ziffern, Abschaffung der indirekten Steuern, gewissenhafte Zahlung der Staatsschulden, die in eine einzige zu convertiren sind, endgültige Abschaffung der Marinekonfiskation, endlich vollständige Realisation des demokratischen Programms. Und schließlich als Schmuck gleichsam und als Krönung dieses gesegneten Werkes wird die Republik auf dem Altare des Vaterlandes die Ketten von 800,000 Sklaven niederlegen, die von dem Momente ab nicht mehr in Knechtschaft bleiben können, wo man die Schlüssel zu allen Ungerechtigkeiten, die Hoffnung auf monarchische Restauration zerstört."

Jedenfalls zeigt dieses Aktenstück, daß es in Spanien Männer giebt, welche auf der Höhe der Zeit stehen und wissen was sie wollen. In Madrid, Barcelona und den wichtigsten Städten des Landes haben sich zahlreiche Volksversammlungen für die Republik ausgesprochen, die auch in den Provinzen immer mehr Anhänger gewinnt. Unter diesen Umständen ist es keine Selbsttäuschung, wenn die spanischen Republikaner an den Triumph ihrer Ideen bei den nahenden Wahlen glauben.

Garibaldi, der sich auf seiner Ziegeninsel sehr langweilen muß, hat an die Spanier folgenden kuriosen Brief gerichtet: „Caprera, 10. November. Meine theuren Freunde! Ich war entschlossen, Stillischweigen zu bewahren, nicht aus Gleichgültigkeit für die Sache der spanischen Nation, die ich so sehr liebe und bewundere, nicht aus Mangel an Interesse meinerseits für die glorreiche Revolution, die Ihr so heldenmüthig durchgeführt habt, sondern darum, weil ich meine Stimme dem Lärm nicht beifügen will, den eure Freunde und Feinde rings um euch erheben, während Ihr doch der Ruhe bedürft, um Euch würdig der großen Nation zu konstituiren, welche ihre Souveränität auf den Trümmern eines verabscheuten Thrones errichtet hat. Allein ich werde heute Eurem Wunsch entsprechen und freimüthig meine Ansicht darlegen. Verkündet die Föderativ-Republik und ernennet auf zwei Jahre einen Diktator. Es fehlt Spanien nicht an Ehrenmännern, die befähigt sind, besser zu regieren als irgend einer jener modernen Lebensherrscher Eurovas, welche diesen Erdtheil zum Schauplatz unausgesetzter Kriege, zu einer Stätte des Jammers und Glends machen. Mögen Eure bewunderungswürdigen tapferen Führer nicht in den Irrthum verfallen, in den jener arme, aber leichtgläubige Casavette verfiel, der Frankreich zwei Revolutionen und eine Tyrannie als Vermächtniß hinterließ. Das Schreckenegepenß der Republik, dessen sich die Despoten und Jesuiten mit so großer Geschicklichkeit bedienen, ging aus den Gezeiten der großen Revolution von 1789 hervor, welche, nachdem sie den Despotismus ver-

scheucht und die Freiheit gegründet, sich ausschließlich in die Arme eines abenteuerlichen Tyrannen warf. Ihr habt bereits durch die musterhafteste Maßigung gezeigt, daß Euer System nicht das der Gullottige ist. Demgemäß kann Eure Revolution den leider zahlreichen Hasenfüßen Vertrauen einflößen. Die Republik ist die Regierungsform der bonneten Leute, wie man zu allen Zeiten gesehen hat. Sie dauert so lange, als sie tugendhaft ist, und fällt, sobald sie korrupt wird und lasterhaft wird. Die Schweiz und die Vereinigten Staaten erhalten sich ohne Diktatur; freilich waren die Washington und Lincoln Diktatoren im moralischen Sinne, als dies für Amerika eine Nothwendigkeit war. Spanien befindet sich in einer besonderen Lage, zahlreiche und mächtige Präbenden, jesuitische Einflüsse im Innern des Landes oder in unmittelbarer Nachbarschaft, dazu der nationale Charakter großherzig und ritterlich, aber zugleich sehr unruheress. Man braucht also hier eine gerechte, aber sehr energische Regierung. Man überlasse daher die errungene nationale Souveränität durch das allgemeine Stimmrecht den konstituierenden Cortes. Und diese mögen die einzige Mission erfüllen im Schooße der Nation den Mann zu finden, der die Fähigkeit besitzt, würdig die Republik ins Leben zu rufen, um nach zwei Jahren der Macht zu seinem häuslichen Herde zurückzuführen, begleitet von den Segnungen seiner dankbaren Mitbürger. Das ist es, was ich einer Nation wünsche, die ich liebe."

Also Föderativ-Republik und ein Diktator auf zwei Jahre! Das erinnert an die Pressfreiheit und Censur, welche 1848 von deutschen Spießbürgern gefordert ward. Einem Diktator um die Republik zu befestigen — das hieße in der That: den Bock zum Gärtner setzen. An Männern, die das Amt des Diktators gern übernehmen, fehlt es in Spanien gewiß nicht. General Prim zum Exempel, der sich in Blätter schon als Kaiser empfiehlt, wäre sicherlich bereit und nicht minder die meisten seiner Mitgenerale. Wer aber bürgt dafür, daß der Diktator, nachdem er zwei Jahre lang mit unumschränkter Gewalt bekleidet gewesen, nicht noch ein paar Jährchen die Süßigkeiten des Amtes zu genießen wünscht? Und wer soll ihn daran hindern? Da ist der Haken. Die neuere Geschichte bietet bloß zwei Beispiele von Diktatoren, welche die ihnen anvertraute Macht nicht mißbrauchten: den Engländer Cromwell und den Amerikaner Washington. Und bei Beiden hatte es seine guten Gründe — sie konnten nicht. In England wie in den Vereinigten Staaten von Nordamerika ist das Prinzip der Selbstverwaltung (selfgovernment) so fest gewurzelt, hat die Freiheit so viele uneinnehmbare Bollwerke, daß das kühnste und ehrgeizigste „Genie“ keinen Augenblick dem Wahne huldigen könnte, die Rolle eines Napoleon durchführen zu können. In Spanien ist es anders. Diktatur wäre dort Sabelherrschaft. Die spanischen Republikaner haben gezeigt, daß sie ihre Aufgabe begreifen — sie werden den Brief Garibaldi's zu den Akten legen. Ist doch der Schreiber selbst schon zu den Akten gelangt."

Besser saß Louis Blanc, der berühmte Sozialist, 1848 Mitglied der provisorischen Regierung von Frankreich, die spanischen Verhältnisse auf. In einem Schreiben an Garibaldi erklärt er sich gegen jedes persönliche Regiment, einfach für die Republik. „Ich beglückwünsche Sie, sagt er u. a. Ihren Namen unter jene hochherzige Erklärung der Republikaner Barcelonas gesetzt zu haben: Das Volk, welches nach einem König sucht, gleicht einem Sklaven, der nach Herren sucht. Ich beglückwünsche Sie, gestrichen zu haben: In Spanien giebt es nur noch einen König — das Volk! Woran denken die unter Euch, welche eine Monarchie verlangen, während sie doch die Volkssouveränität, welche durch das allgemeine Stimmrecht ausgedrückt ist, verfluchen? Wie kommt es, daß sie nicht sehen, wie die Errichtung einer erblichen Monarchie, wenn sie aus dem allgemeinen Stimmrecht hervorgegangen, die Verneinung der Volkssouveränität ist? Die Herstellung einer erblichen, d. h. unänderlichen Macht verträgt sich nicht mit der Souveränität eines Volks, die nur auf die Bedingung hin existirt, das, was

se Tags zuvor geschaffen hat, Tags darauf wieder umgestalten zu können?"

In Preußen, wie in Frankreich: Defizit des Gärarismus. Defizit auf allen Gebieten; Defizit in den Finanzen: 18 Millionen; Defizit in der Politik: „wir können den Kartellvertrag mit Rußland, der Ostpreußen zu Grunde richtet, nicht kündigen, weil wir uns durch die Blut- und Eisenspolitik so geschwächt haben, daß auf der russischen Allianz unsere einzige Hoffnung beruht“ — gesteht die „Kreuzzeitung“; Defizit in der Intelligenz: Abschaffung des unentgeltlichen Volksunterrichts. Defizit, Defizit, Defizit!

Die Abgeordneten reden und reden; und die Regierung ist so gütig, den Redseligen die volle „Redefreiheit“ gewähren zu wollen. Ach! die Leuten sind ja so harmlos, und wozu hat man denn die Böglein in den „Käfig“ gesperrt, als daß sie pfeifen sollen? Vor den Berliner Pfaffen, namentlich den parlamentarischen, ist es der Regierung nicht angst; aber die hannoverschen Pfaffe, die sind ihr zu grell, zu nervenschütternd, und deshalb ließ sie neulich zwei solcher Pfaffe, die eine verdächtige Aehnlichkeit mit dem Kukuksruf hatten, vor Gericht stellen, allein die armen Sünder waren nicht recht zu fassen, und so mußte man sie denn schließlich aus Mangel an greifbaren Beweisen freisprechen. Das Lächerliche tödtet — in Preußen nicht.

Jacoby ist endlich aus der preussischen Fortschrittspartei ausgetreten, hat sich aber die Fortdauer des freundschaftlichen Verkehrs und die Erlaubniß, den Fraktionsitzungen beizubehalten zu dürfen, erbeten und natürlich erhalten. Wir haben kein Verständniß für diese Zärtlichkeiten gegen politische Gegner. Und das sind die Fortschrittler. Daß sie einige Stichwörter der Demokratie im Munde führen, macht sie nur um so gefährlicher. Die offenen Anexionisten bekämpfen uns und wir bekämpfen sie — es sind keine gegenseitigen Täuschungen möglich, es ist ein ehrlicher Kampf. Aber diese vorschämten Anexionisten, welche unsere Wahrzeichen annehmen und sich unter uns gemischt haben, verwirren uns, stören unsere Organisation und werden uns, wenn wir sie nicht austreiben und als Feinde behandeln, im entscheidenden Moment lahmliegen. Also fort mit ihnen! Und fort von ihnen! Nicht bloß in Geldsachen, auch in der Politik hört die Gemüthlichkeit auf.

Die Nationalliberalen haben jetzt neben dem politischen auch viel privates Unglück. Ihre drei mitteldeutschen Größen, Bamberger, Mez und Braun, müssen gleichzeitig des schicksals Tücken erfahren. Ersterer ist in der Person seiner zwei Hauptagenten definitiv vom Darmstädter Oberappellationsgericht der versuchten Wahlbestechung schuldig befunden worden; und um das Maß voll zu machen, hat Herr Stieber den einen jener Agenten seiner Freundschaft gewürdigt, und — König Wilhelm von Preußen den nämlichen Biedermann zum Postreferenten ernannt, wie das schon so manchem Biedermann für Baaren mancherlei Art passiert ist. (Da die Sache vielleicht diesem und Jenem spanisch vorkommt, geben wir die Quelle an: „Hessische Landeszeitung“ Nr. 272 und Nr. 277.)

In nicht geringeren Nöthen steckt Mez, weiland Handlungsgereisender des Nationalvereins. Dieser Edelste der Edlen hat sich nächstens vor Gericht gegen die mit bedenklicher Sicherheit erhobene Anklage des Vertrauensbruchs, Ehrenwortbruchs und Ehebruchs zu verantworten.

Kaum besser ergeht es dem Dritten im Bunde der „Besten“, „unserem“ Braun, der neulich den Gedanken, für die preussische Regierung eine Widerlegung der kirchlichen Denkschrift ausarbeiten zu wollen, mit stolzer Entrüstung von sich wies, und Tags darauf erleben mußte, daß die preussische Polizei in

Frankfurt ihn mit kollegialischer Freundlichkeit unter ihre Fittige nahm und die böse „Frankfurter Zeitung“, welche ihm wegen eines unflätigen (le style c'est l'homme, der Stil ist der Mann) Pasquills auf Frankfurt eine unbarmherzige, den Braun blau färbende Züchtigung verabsolgte, mit der bekannten „affenartigen“ Geschwindigkeit, weg estamotirte und den ganzen Satz des anstößigen Artikels im Nu zusammenwarf. (Ländlich sittlich.) Diese Freundlichkeit der preussischen Polizei sollte „unsern“ Braun vermutlich für die Unfreundlichkeit des preussischen Staatsanwalts entschädigen, der kurz vorher bei einem Prozeß in Wiesbaden erklärt hatte, es sei keine Ehrenkränkung Braun's, wenn man von ihm sage, daß er sich nicht ohne Hohngelächter im Spiegel betrachten könne.

Von Braun führt uns eine sehr natürliche Ideenverbindung zu Stieber zurück: um der Confiskationskommission über ihre Gewissensstrupel hinweg zu helfen, eröffnete ihr Herr von der Heydt dieser Tage, die Einkünfte des konfiszirten Vermögens des Kurfürsten von Hessen und des Königs von Hannover reichen eben gerade hin, um die Kosten für die Gegenmaßregeln (Stieber und Freunde) zu bestreiten, welche durch die Agitation der Depositionisten nöthig gemacht würden.

Die betreffenden Einkünfte belaufen sich auf die runde Summe von 1 Million Thaler. Eine Million Thaler für Stieber und dessen Freunde! Da sage noch Einer, Preußen sei nicht reich genug seinen — Ruhm zu bezahlen! Daß das Abgeordnetenhaus die Million — aus fremder Tasche — bewilligen wird, versteht sich von selbst. Ein großes Land belohnt seine großen Männer. Preußen kann seinen Stieber nicht unbelohnt lassen. Preußen und Stieber sind nicht von einander zu trennen. Was wäre Preußen ohne Stieber? Was Stieber ohne Preußen?

Die österreichischen Delegationen haben sich wiederum bewährt und alles verlangte Geld bewilligt. Ja! ist so leicht gemacht, und für das Bezahlen sorgen die Steuerexekutoren, im Nothfall die Soldaten.

Unter den diplomatischen Aktenstücken, die Hr. von Beuß soeben nach frommem parlamentarischen Brauch in buntem Umschlag (er hat sich roth gewählt, sonst keine üble Farbe) von Zeit zu Zeit veröffentlichen läßt, befindet sich diesmal nichts von besonderer Wichtigkeit. Alle „dunklen Punkte“ sind unter Schminke versteckt, alle Raubbeuten abgeglättet. Nur ein „dunkler Punkt“ ist geblieben: Rumänien. Auf Rumänien wird losgehämmert und Preußen wird gemeint. Den Sack schlägt man u. s. w.

Ueber das Ergebnis der englischen Wahlen findet der Leser das Nähere in unseren Londoner Briefen. Das Ministerium ist unterlegen und wird, wenn es nicht freiwillig zurücktritt, durch die Mehrheit des Unterhauses dazu gezwungen werden. Haupt der nächsten Regierung wird aller Berechnung nach Gladstone sein, der die Trümmer der Whigpartei mit den bürgerlichen Elementen zu verschmelzen hätte, was beiläufig keine so leichte Aufgabe ist. In Bezug auf das europäische Festland wird das neue Ministerium unzweifelhaft genau dieselbe Politik haben, wie das alte, nämlich keine.

Der Borarlbergische Landtag nahm in der letzten Session den Antrag an,

„daß durch ein Reichsgesetz festgesetzt werde, die Arbeitszeit in den Fabriken dürfe nicht über 12 Stunden täglich betragen und an Samstagen sei eine Stunde früher Feierabend zu machen.“

Das österreichische Handelsministerium hat die Handelskammern aufgefordert, über den Antrag zu berichten. Das

heißt allerdings vor die falsche Schmiede gehen; in den Handelskammern sitzt die Bourgeoisie, deren Interesse es ist, die Arbeitskraft der Arbeiter möglichst auszunutzen, also die Arbeitszeit möglichst zu verlängern.

Am 16. November fand in Wien eine Volksversammlung statt, die von 6—7000 Personen, meistens Arbeitern, besucht war. Die Berufung ging eigentlich von dem (etwas preussisch angefränkelten) Wiener „Volksverein“ aus, die Sozialdemokraten bemächtigten sich aber sofort der Leitung. Den Vorsitz erhielt Dr. Tauschinsky. Auf der Tagesordnung stand das Wehrgesetz. Oberwinder befüwortete in einem längeren Vortrage, in welchem er namentlich auf den Mißbrauch der stehenden Heere durch Preußen hinwies, folgende Resolution:

1. In Erwägung, daß das vom Abgeordnetenhaus angenommene Wehrgesetz dem sozialdemokratischen Prinzip der allgemeinen Volksbewaffnung nicht entspricht;

2. In Erwägung, daß die Heranziehung der ganzen wehrfähigen Mannschaft zu einem stehenden, nicht auf die Verfassung bedingten Heere die Freiheit und die Wohlfahrt der Völker gefährdet;

3. In Erwägung, daß das Wehrgesetz die friedliche Verständigung der Nationen, sowohl der deutschen als aller übrigen, zu erschweren droht: erklärt die Volksversammlung das vorliegende Wehrgesetz für das gerade Gegenteil einer Erfüllung der berechtigten Wünsche und Erwartungen der Völker Oesterreichs.“

Zur Abstimmung kam es nicht, weil die Polizei wegen der Bemerkung eines Redners (Pfeiffer), daß es Dynastien gebe, die nichts gelernt und nichts vergessen hätten, und daß das Volk nicht dazu da sei, sich für Dynastien todt schießen zu lassen, die Versammlung auflöste. So geht es in Oesterreich unter der „neuesten Aera.“

Unser Berichterstatter schreibt uns noch, daß die sozialdemokratischen Ideen unter den Studenten große Fortschritte machen, und daß zwischen den Arbeitern und Studenten das beste Einvernehmen herrscht. Bravo! Die „Aula“ bleibt sich treu.

In Hannover hat sich ein Volksverein gebildet, der schon einige hundert Mitglieder zählt. In Kassel wird nächstens einer zusammentreten. In Frankfurt hat der demokratische Verein bei den städtischen Wahlen einen glänzenden Sieg errufen und 14 von 17 Stellen mit seinen Kandidaten besetzt. Da sieht man, was Organisation thut. Geht hin und thut desgleichen!

Eine heiße aber glorreiche Schlacht wurde letzten Dienstag Abend in Magdeburg geschlagen. In einer Volksversammlung, die zum Erdrücken gefüllt war, hielt Bebel einen Vortrag über die Arbeiterbewegung. Die zahlreich erschienenen Anhänger der Fortschritts- und national-liberalen Partei suchten unter Leitung des Herrn Dr. Max Firsch unsere Partei aus dem Sattel zu heben. Es gelang ihnen auch, bei der Vorsitzendenwahl ihren Kandidaten, Dr. M. Firsch, mit allerdings geringer Majorität durchzusetzen. Nach vierstündiger heißer Debatte aber, die vorzugsweise zwischen Dr. Firsch und Bebel geführt wurde, waren die Gegner aus allen Positionen zurückgeworfen und bliesen zum Rückzug. Herr Dr. Firsch erklärte unter anderm, daß auch er den social-demokratischen Staat wolle (sic), wenn auch mit anderen Mitteln und auf andern

Wege. (!!) Herr Minner, der auf dem Nürnberger Arbeitertag im Namen der Minorität zitternd und bebend die Austrittserklärung aus dem Verbande vorgelesen hatte, ließ es sich auch nicht nehmen, eine Lanze einzulegen, wurde jedoch jämmerlich abgeführt. Als um 12 Uhr durch Herrn Bremer die Versammlung geschlossen wurde, war die große Majorität entschieden auf unserer Seite. Ein ausführlicher Bericht folgt in der nächsten Nummer.

An die Arbeiter.

Der heutigen Nummer liegt das vom Borort der Deutschen Arbeitervereine entworfene Musterstatut für Gewerksgenossenschaften bei. Durch und durch demokratisch, ohne die Einheit und Schnelligkeit des Handelns zu gefährden, sichert das Statut im vollsten Maaß die Interessen der Arbeiter. Prüfet und handelt!

Der fünfte Vereinstag deutscher Arbeitervereine zu Nürnberg (5—7. September).

(Fortsetzung.)

An Stelle Bebel's, der durch anderweitige Arbeiten verhindert war, übernahm Liebknecht den Bericht über die Wehrfrage. Er sagte: „Meine Herren! Sie werden nicht von mir verlangen, daß ich die vorliegende Frage nach allen Seiten hin theoretisch erschöpfend behandle. Es ist dieß in neuerer Zeit von der demokratischen Tagespresse, in Broschüren und in Volksvertretungen so gründlich geschieden, daß man mit Recht sagen kann: die Wehrfrage ist theoretisch entschieden, und bedarf nur noch der praktischen Lösung. Sie ist wesentlich eine Machtfrage. Die Uebel der stehenden Heere sind allseitig anerkannt, selbst von denen, welche aus Sonderinteresse daran festhalten, weil ihre Herrschaft auf den stehenden Heeren verubt. Ich verweise auf das Zeugniß Radetzky's, der offen zugestanden hat, daß das System der allgemeinen Volksbewaffnung einen Staat wehrhafter mache und zugleich die Bürger weit weniger belaste, als das System der stehenden Heere, daß es sich aber mit der Krönung eines monarchischen, soll heißen absolutistischen Staats nicht vertrage. Hier finden wir die große Wahrheit ausgesprochen: das System der stehenden Heere ist absolutistisch, dynastisch, das der allgemeinen Volksbewaffnung, wie sie in der Schweiz besteht, ist demokratisch.“

Das System der stehenden Heere ist so alt, wie der politische Absolutismus. Der absolute Staat, welcher auf den Trümmern des mittelalterlichen Feudalismus entstand, und dessen Grundgedanke sich in dem Wort Ludwigs des Bierzehnten von Frankreich: der Staat bin ich! ausdrückt, mußte das Volk entwaffnen, und eine Soldatenkaste bilden, die, von dem Bürgerthum losgelöst, jedes bürgerlichen Geistes entkleidet, ein willenloses Werkzeug der Unterdrückung wurde. Wenn auch die stehenden Heere vielfach zu Eroberungskriegen dienten, so waren und sind sie doch hauptsächlich nach Innen gegen die Völker selbst gerichtet, zu deren Vertheidigung sie angeblich bestimmt sein sollen. Daher kommt es auch, daß die Vermehrung der stehenden Heere in den Kulturstaaten des europäischen Festlandes gleichen Schritt mit der Entwicklung des demokratischen Geistes gehalten hat. So lange die Völker das Joch des Absolutismus ohne Murren ertrugen, weil sie der feudalen Anarchie müde waren und von staatlicher Freiheit noch keinen Begriff hatten, bedurfte der Absolutismus zu seinem Schutz nur einer verhältnißmäßig geringen bewaffneten Macht. Aber seit den Zeiten der französischen Revolution, welche die Saat demokratischer Ideen überall ausstreute, ist der Absolutismus gezwungen, zu seiner eignen Sicherheit eine immer größere Zahl der Bevölkerung zum Soldatenhandwerk zu pressen; und in dieser aufsteigenden Linie wird es fortgehen, bis die Völker die Last nicht mehr zu ertragen vermögen, und mit einem System abrechnen, das sie dem Ruin zuführt. Und mit steigender, stets wachsender Schnelligkeit führt es sie dem Ruine zu. In Deutschland und in Frankreich verschlingt schon jetzt das stehende Heer, mit Allem was drum und dran hängt, den größten Theil der Staatseinnahmen; und diese ungeheuren Summen werden nicht nur völlig unproduktiv verwandt, nicht nur werden alljährlich der nationalen Arbeit viele Hunderttausende der kräftigsten Männer entzogen, sondern ebendenn wird auch durch die stehenden Heere die Produktionskraft der bürgerlichen

Bevölkerung vermindert, weil sie durch Herausbeschwörung der Kriegsgefahr den Handel und die Industrie lähmen und einen übermäßigen Steuerdruck notwendig machen, der das reichste Volk zu Grunde richten muß. Würden die Hunderte von Millionen, welche uns die stehenden Heere jährlich kosten, einfach zum Fenster hinausgeworfen, so wäre das schon schlimm genug, und ein schweres Verbrechen an der arbeitenden Menschheit; aber diese Hunderte von Millionen, bilden eine Gifttaut, welche, den Boden ausfugend, üppig emporwächst, und in deren Bereich, wie in dem des Unkrautes, alles Leben verweist!

(Schluß folgt.)

Internationale Arbeiter-Assoziation.

Rundschreiben des Centralkomite's der Sektionsgruppe deutscher Sprache an die Sektionen und mitgenossischen Gesellschaften.

Arbeiter!

Die Massenverarmung ist eine Thatsache. Das Großkapital fährt in seinem Herrschmonopol und im Namen der „individuellen Freiheit“ unaufhaltsam fort, allen Kleinbetrieb und Kleinbesitz zu vernichten, zu expropriieren, enterben, einzuverleiben, die Arbeiter massenhafter und tiefer in's Elend zu schleudern, die Arbeiter-Sklaverei zu vermehren und verschärfen und den Klassenscheidungsprozeß zu vollenden. Wenn unter bewandten Umständen die ökonomisch geharnischte Bourgeoisie dem nackten, waffenlosen Proletariat, dessen Lebenskraft fordernd, die Pistole auf die Brust setzt, so kann es doch wahrlich nur Gleichgültigkeit oder Verhöhnung sein, wenn man diesem zuruft: rette dich durch die „Selbsthilfe“ auf dem Wege der gewerblichen Genossenschaften. Wie soll, wo Nichts ist, Etwas zusammengelegt werden können? Die große Mehrzahl der Arbeiter hat nicht einmal Kredit, das alltägliche Defizit ihres Magens zu decken; sie muß durch Entbehrungen auf's Schuldenmachen verzichten und durch Hungern „ehrlieh“ leiden. Bloß ein winzig kleiner Theil des arbeitenden Volkes vermag es, Ersparnisse zu machen, und auch meistens dies nur durch Ent-sagung der nöthigen Bedürfnisse und deshalb häufig auf Kosten der Gesundheit und besseren Erziehung der Kinder. Immerhin ist das Bestreben, die einmal in solcher Weise gemachten Ersparnisse zu Produktivgenossenschaften zu verwenden, um, so weit es damit möglich, den Arbeitslohn durch den Arbeits-ertrag zu ersetzen, sehr hoch zu schätzen. Es entspringen daraus, einschließlich der Arbeiter-Consumvereine, folgende Vortheile:

- 1) Gewöhnen sie die Arbeiter auch in gewerblichen An-gelegenheiten an ein gemeinsames Vorgehen.
- 2) Bieten sie den Arbeitern, die in einzelner Stellung nichts zu leiten und zu verwalten haben, die Gelegenheit, ihre Fähigkeiten in der Leitung und Verwaltung der gemeinsamen Geschäfte auszubilden, sich deren bewußt zu werden und Jeden an den seiner Leistung entsprechenden Platz zu stellen.
- 3) Vermindern sie nach dem Maße der Größe ihrer Aus-führung die Konkurrenz der Arbeiter als Lebwaare auf dem Markte des Angebots und der Nachfrage, und damit viele Eifer-sucht und gegenseitige Verfeindung und schließlich die Noth-wendigkeit der Arbeitseinstellungen.
- 4) Verhüten sie, daß die Ersparnisse der Arbeiterklasse, die sich, trotz ihrer Kleinheit für den Einzelnen, dennoch in ihrer Gesamttheit auf viele hundert Millionen belaufen, nicht mehr durch die bisherigen Bankanstalten in die Hände der Kapita-listen gerathen, nicht nebenbei durch Staatsanleihen direkt und indirekt in die beklemmten Staatskassen fließen, in welsch beiden Fällen eben diese Ersparnisse zu sozialem und politischem Despotismus gegen die Arbeiterklasse selbst verwendet werden.
- 5) Erwecken und entwickeln sie durch ihre auf demokra-tischen Grundsätzen beruhende Leitung und Verwaltung das

Bedürfniß und den Geschmack für die Republik, zu welcher sie eine praktische Vorschule bilden und auch den Weg für die künftige Gesellschaftsform anbahnen.

6) Bringen sie den, wenn auch nur negativen, aber wichtigsten Vortheil, daß sie auf dem Wege der Erfahrung eine große Anzahl Arbeiter von der Illusion befreien, als könne mit den der Arbeiterklasse so spärlich gelassenen Mitteln durch Consum- und Produktivgenossenschaften die Kapitalherr-schaft überwunden und die soziale Frage gelöst werden.

Zawohl, nur die Erfahrung bringt dem Einzelnen und der Gesellschaft Erkenntniß und Wissenschaft, wie nur allge-meine Erkenntniß zu allgemeinem Verständniß und nur diese zur That im Begreifen und Aufbauen führt.

Es sind also vornehmlich die gewerblichen Genossenschafts-Unternehmungen, durch welche die Arbeiterklasse zur Ueberzeu-gung gelangt

1) daß die ihr eigenen Finanzmittel in vielen Fällen nicht ausreichen, dem Großkapital, das sich ebenfalls assoziiert, auf die Dauer Widerstand zu leisten, oder es zu überwinden;

2) daß sie vielmehr in den meisten Fällen ihre mit Mühe und Sorgen aufgebauten Einrichtungen unter den Schlägen geldmächtigerer Konkurrenz zusammenfallen sehen, oder sogar thänenbenetzt in fertigem Zustande dem lauernden Großkapital zu bequemer Ausbeutung überlassen muß;

3) daß zur Herstellung der Gerechtigkeit für Alle und Jeden, alle körperliche, geistige und sittliche Produktion und Consumtion nur auf Grundlage der Gemeinschaftlichkeit, Ge-genseitigkeit und Gesamtverbindlichkeit bewerkstelligt werden darf;

4) daß demnach die Arbeiterklasse, deren Interessen mit den Forderungen der Allgerechtigkeit in Uebereinstimmung sind, Meisterin der politischen Machtmittel sein muß, um die ökon-omischen Verhältnisse nach dem Grundsatz gleicher Rechte und gleicher Pflichten ordnen, den bisherigen Dualismus von Staat und Gesellschaft zu einem einheitlichen Organismus, alle Einzelinteressen solidarisch verknüpfend, zusammenfassen und den sozial-demokratischen, d. h. Gesellschafts-, eigentlichen Volksstaat, herstellen zu können.

Eine Hervorhebung noch anderer Momente dieser Frage und eine Daranknüpfung geeigneter Betrachtungen verbietet uns der zugemessene Raum dieses Rundschreibens, und geben wir auf unsern Zweck, die Frage über: in welcher Weise die bestehenden Arbeiter-Produktiv-Genossenschaften trotz beschränkter Mittel und großer Schwierigkeiten unterstützt, erhalten und gehoben werden können?

(Fortsetzung folgt.)

Die demokratischen Ziele und die deutschen Arbeiter.

(Fortsetzung.)

Deutschland ist in drei Theile zerrissen! — Die Reaktion hat das große Bündniß mit den katholischen und protestantischen Jesuiten geschlossen! Der Cäsarismus streckt seine Krallen hinter dem nationalen Mantel hervor! Was nun? fragen wir wieder.

Wir werden eine Antwort geben, die einigermaßen paradox klingen mag.

Der Bruderkrieg von 1866 und die Constituirung des norddeutschen Bundes von 1867, der Schwindel der National-liberalen ist den Ideen von 1789 rettend zu Hilfe gekommen! Sehen wir, auf welche Weise.

Zum ersten: Der Zerstückungsprozeß der Fortschrittspartei wurde beschleunigt; sie fing an, sich von den untauglichen

und unvollständigen Elementen zu säubern. — Es trat klar zu Tage, daß die Todsünde der Vernachlässigung der sozialen Frage alle liberalen Parteien wehrlos der Reaktion überliefert; — daß sie die Masse der Arbeiter, welche als geschlossene Bataillone die Schlachten der Freiheit siegreich zu schlagen vermögen, jedem beliebigen Demagogen, der entweder aus Ehrgeiz handelt oder von der Regierung beeinflusst ist, preis giebt; daß sie dem sozialistischen Schulgeiz und Zelotenthum, und somit der Zersplitterung Thür und Thor öffnet.

Zum zweiten: Die Ereignisse von 1866 bis 1868 haben die Wichtigkeit der Einheitsfrage vor der Erringung der Freiheit dargethan. Sie haben bewiesen, daß der „deutsche Volksstaat Preußen“ eine liberale Kata Morgana war; denn seitdem von 1815 ab Preußen die Gesetzgebung von 1808 — 12 Stück um Stück vernichtete, seitdem 1848 und 49 Preußen die Rolle zurückwies, die ihm das deutsche Volk in allzuvertrauensseliger Begeisterung entgegengetragen, hat es darauf verzichtet, Deutschland durch moralische Kraft in Freiheit und Macht zu einen; es hat seine Mission verloren — an das deutsche Volk, an die Selbsthilfe desselben.

Es muß jedem denkenden Volksmanne, soweit er nicht von eigenen selbstsüchtigen Interessen oder vom Kathederstaube blind gemacht ist, klar sein, daß die Consolidirung Deutschlands von Preußens Regierung aus nur auf dem Wege der Gewalt oder verwerflicher List, die man „Staatskunst“ nennt, möglich ist; — daß dadurch nur ein Groß-Preußen geschaffen wird mit den widerstrebendsten Elementen; — daß eine solche Einheit sich nur auf die Allmacht der Geld-Interessen, auf eine gesinnungslose Bourgeoisie, auf die Demoralisation der besitzlosen und arbeitenden Bevölkerung, auf die Verpfaßung des deutschen Geistes und in letzter Instanz nur auf die Namen Krupp und Dreyse stützen kann. —

Was nun?

Es bleibt dem deutschen Volke nur eins übrig: Erringung der Freiheit um jeden Preis!

Und endlich die letzte Frage: auf welchem Wege?

(Fortsetzung folgt.)

Aus England.

London, den 16. November.

Noch einige Tage und der von einer englischen Wahl unzertrennliche öffentliche Skandal hat für diesmal ein Ende. Die politischen Wetterpropheten weisagen schon, daß das erste „reformirte“ Parlament ein kurzlebiges sein werde. Das Schlimmste ist, die Parlamente haben selbst gewissermaßen über ihre Lebensdauer zu entscheiden, und den Kosten, welche es verursacht, gewählt zu werden, muß man Rechnung tragen. Es ist bereits berechnet worden, daß die Kosten der gegenwärtigen Wahl nicht unter 3,000,000 Pfd. St. (20 Mill. Thlr.) bestritten werden können. Das gewöhnliche Verfahren, wo Opposition stattfindet, ist, daß der Kandidaturlustige sich mit einigen politischen Kannegießern, worunter meistens ein Advokat, verständigt und von ihnen auffordern läßt, sich um die Wahl zu bewerben. Es werden einige Dugend Leute zusammengebracht, die eine Einladung zu Papier bringen, Unterschriften werden gesammelt und das Allesstück wird überreicht. Sobald der Betreffende die Kandidatur angenommen hat, wird ein Advokat gemietet, der die Wahl leitet, und ein Wahlkomité gebildet. Von dem Centralkomité werden Lokalkomités in den verschiedenen Stadt-

theilen*) gebildet. Die Klugheit gebietet, so viel wie möglich die angesehensten Bierhäuser zu Sigen der Lokalkomités zu machen. Jedes Komité hat seinen „Stab“ von anständig bezahlten Agenten, welche die Stimmenwerbung leiten. Die Stimmenwerber gehen von Haus zu Haus, theils um die Wähler zu fragen, für wen sie stimmen wollen, theils um sie zu überreden, für ihren Kandidaten zu stimmen. Sie statten jeden Abend Bericht ab, und die Agenten von Profession wissen ihre Berichte immer so einzurichten, daß ihr Kandidat die herrlichsten Aussichten hat gewählt zu werden, hauptsächlich wenn er frei mit seinem Geld ist. Um wankelmüthige Wähler zu einem Entschlusse zu bringen, ist es häufig von Nöthen, den Biertröpf oder das Schnapsglas mit in die Politik zu verwickeln, man braucht daher Taschengeld. Wo es fließt hergeht, wird den Bierwirthen eine gewisse Summe bewilligt, um ihren Gästen und den vorsprechenden Wählern freie Zeche zu geben. Gleichzeitig werden alle politischen Kumpelkammern durchwählt, um irgend eine dem Gegner nachtheilige oder doch gegen ihn zu benützende Thatsache ans Tageslicht zu fördern, und die Entdeckung wird dem Publikum durch Maueranschläge und Handzettel bekannt gemacht. Hat sich der Gegner nichts Verdammungswürdiges zu Schulden kommen lassen, so wird seine Ansicht als revolutionär, als aufrührerisch verschrien, wenn er Fortschrittsmann — als staatsstörend, wenn er Stillstandsmann ist. Dieses erfordert, daß auch eine Druckerei in Sold genommen wird. Es sieht gerade aus, als seien die Buchdrucker und die Plakaten-Ankleber die ursprünglichen Erfinder der Parlamentswahlen gewesen. Die Sitte gebietet außerdem, daß jedem Wähler die „Adresse“, worin der Kandidat seine Grundstücke auseinandersetzt, nebst einem Rundschreiben, in dem er seine Kandidatur anzeigt, ins Haus geschickt wird. Die Sitte gebietet ferner, jedem Wähler eine Karte zuzuschicken, auf welcher der Tag der Wahl, der Ort, wo er sich zur Abstimmung einzufinden hat, und seine Nummer in der Wählerliste verzeichnet sind. Die Sitte verlangt überdies noch, daß der Kandidat am Stimmstage jedem Wähler, der für ihn stimmen will und es nicht der Mühe werth hält, zur Stimmhütte zu gehen, um sein Staatsbürgerrecht auszuüben, eine Kutsche vor die Thüre schiebt, um ihn hin- und zurückzufahren. Alles dieses sind vom Gesetz erlaubte Ausgaben, über die der leitende Advokat öffentlich Rechnung ablegt. Ein Kandidat hatte bei der letzten Wahl 17,000 Pfd. St., sage siebzehntausend Pfund Sterling (= 50,000 Thlr.), zu bezahlen für die „Ehre“, das „allgemeine Wohl“ während drei Jahren im Unterhause zu wahren! Ein Londoner Kandidat, dessen Stimmenwerber lauter Arbeiter waren, die keine Zahlung annahmen, dessen Komités nur da Birtshäuser bezogen, wo keine anderen Räumlichkeiten zu haben waren, und der keinen einzigen Pot (Quart) Bier als freie Zeche gewährte, hatte dennoch eine Rechnung von 1200 Pfd. St. (= 8000 Thlr.) zu bezahlen! Die Leser des „Demokratischen Wochenblatts“ werden jetzt begreifen, warum keine Arbeiter als Kandidaten auftreten. In kleinen Städten ist es absolut hoffnungslos; in großen, wo über 20,000 oder 30,000 Wähler sind, sind die Aussichten kaum besser. Außer den bereits angeführten Ausgaben muß der Kandidat noch in jedem Stadtwinkel Versammlungslokale mieten, und die Versammlungen durch Plakate anzeigen lassen.

*) In England werden nie mehrere Städte zu einem Wahlbezirk zusammengelegt. Das Wahlrecht ist dort beiläufig ein doppeltes: für die Städte und für die Grafschaften. Von dem letzteren, für das ein höherer Censur erforderlich ist und das auch den betreffenden Bewohnern der zu einem oder mehreren Parlamentesigen bezichtigten Städten neben dem städtischen Wahlrecht gehört, ist hier nicht die Rede.

sen. Hätten die großen Städte ihren verhältnismäßigen Antheil an der parlamentarischen Vertretung, so wäre die Sache anders. Die Hauptstadt hat ein Zehntel der Bevölkerung, aber nur ein Dreiunddreißigstel der Vertretung der drei Königreiche!*) Die ungeschicklichen Mittel der Wahlbeeinflussung sind zahllos wie der Sand am Meer. Die anständigen sind: den Söhnen der Wähler Anstellungen zu verschaffen, den Geschäftsleuten Kunden zu empfehlen u. s. w. Sie und da in kleinen Wahlbezirken (Ortschaften, die zu einem oder mehreren Parlamentszügen berechtigt sind), wo einige Tugend Stimmen entscheiden, werden die ehrenwerthen Wähler durch Einkäufe gewonnen. Man giebt z. B. eine 10 Pfd. Note (= 67 Thlr.) für einige Ellen Band zu Kofarden, oder kauft einen Kanarienvogel für 5 Pfd. (33 Thlr.), der keinen Pfifferling werth ist u. s. w. „Grobe“ Bestechungen, d. h. wo nachgewiesen werden kann, daß Stimmen direkt für Geld gekauft werden, ziehen den Verlust des Sitzes im Parlament nach sich, aber nicht das Mitglied, sondern seine Agenten sind gerichtlich strafbar. Die Kandidaten werden vom Gesetz als die Opfer ihrer Agenten betrachtet, und die gesetzliche Verfolgung, die sehr kostspielig ist, bleibt den politischen Gegnern anheimgestellt, die natürlich, da sie selbst es ebenso getrieben haben, nie von Rücksichten der „öffentlichen Moral“ geleitet werden. Wo nicht mehr Kandidaten auftreten, als Mitglieder zu wählen sind, ist die Parlamentswahl das gemüthlichste Ding von der Welt. Die Kandidaten veröffentlichen ihre Ansprache an die Wähler, halten, wenn es ihnen guthinkt, einige Reden und sprechen am Wahltag von einem eigens zu diesem Zwecke errichteten hölzernen Gerüste (hustings) zur versammelten Volksmenge, welche durch Händeaufheben (show of hands) ihre Wahl gültig macht. Wo mehr Kandidaten sind, als Mitglieder gebraucht werden, wird diese Form ebenfalls beobachtet, aber diejenigen, welche beim Händeaufheben in der Minderheit sind, haben das Recht, eine förmliche Abstimmung der registrierten Wähler (poll) zu verlangen, die auf Kosten der Kandidaten stattfindet und sehr häufig ein entgegengezetes Ergebnis liefert als das „Händeaufheben“, bei dem auch die nicht Wahlberechtigten mitsimmen dürfen. Trotz des erweiterten Wahlrechts ist die Anzahl der Kandidaten, welche im Laufe dieser Woche abgestimmt wird, verhältnismäßig klein. Unter den Conservativen herrscht keine innere Spaltung, die Liberalen dagegen theilen sich in altarisokratische Liberale, in bürgerliche Liberale und Radikale, und in Radikale mit einem Anfluge von Arbeiterpolitik und einige Arbeiterpolitiker. Folgende Tabelle zeigt den Stand der zwei großen Partei-Abtheilungen:

Wahlbezirke	Mitglieder jedes Bezirke	Gesamtzahl der Mitglieder	Zahl der Kandidaten	Liberale	Conservative
1	4	4	7	4	3
12	3	36	47	23	24
209	2	418	641	364	277
200	1	200	403	235	168
422	10	658	1098	626	472

Von den 422 Wahlbezirken haben 134 keinen Oppositionskandidaten aufgestellt. Sie sind theils ganz liberale oder ganz conservative; theils haben sie je ein liberales und ein conservatives Mitglied. Dazwischen sind 5 je mit drei Mitgliedern, 64 je mit zwei Mitgliedern, 65 je mit einem Mitgliede, zusammen 208 Mitglieder. Bleiben 890 Kandidaten, die sich

um 450 Sitze streiten, nämlich: 7 um 3, 32 um 21, 513 um 290, 340 um 135.

In Irland kämpfen in Galway 7 Liberale und 1 Conservativer um 2 Sitze; in Athlone 6 Liberale um 1 Sitz; in Kilmarnock in Schottland 4 Liberale um 1 Sitz; in London in Hackney 5 Liberale und 1 Conservativer, in Marylebone 4 Liberale und 1 Conservativer, und in Tower Hamlet's*) 4 Liberale und 1 Conservativer je um zwei Sitze.

Das Frauen-Stimmrecht ist vom höchsten Gerichtshof für nicht geschlich erklärt worden. — Vorigen Montag, den 9. November, gab der neu erwählte Bürgermeister von London (Lord Mayor.) den gewöhnlichen Schmaus. Die Kabinetminister waren zugegen und die Tische konnten die Last der Speisefülle kaum tragen: im benachbarten Bethnalgreen starben unterdessen ein Schuhmacher und ein Seidenweber Hungere! Das nennt man „Nationalreichtum“!

London, den 23. November.

Halleluja, Halleluja! sangen die Arbeiter im Sommer 1867, wenn sie von Riesen-Reform-Demonstrationen heimzogen. Halleluja, Halleluja! singt heute die Bourgeoisie über die Wahlen. Kein einziger Arbeiter-Kandidat, kein einziger der Bourgeois-Kandidaten, die mehr oder minder die Arbeiter-Politik befürworten, ist durchgegangen! Beales, der Präsident der Reform-Liga, ist von einem arbeiterfeindlichen Schiffsbaumeister besiegt worden, Hartwell mußte wegen Mangels an Geld ein Anerbieten seiner reichen Gegner, ihm die Kosten unter der Bedingung, daß er sich zurückziehe, zu bezahlen, annehmen. In Lancashire und an anderen Orten kam es zu Raufereien, Blackburn hat einen Todten, Manchester mehr als 20 Verwundete. In Salford, Blackburn, Bolton, Boston, Staley-bridge, lauter Baumwollfabrikstädten, sind die Liberalen durchgefallen. Milner Gibson, der seit vielen Jahren Mitglied für Ashton war — einer der Nestoren der Anti Corn Law Ligue (Gesellschaft zur Abschaffung der Korngesetze), der sich jahrelang zur Aufgabe machte, die Abschaffung der Papiersteuer im Parlament vorzubringen, und höhere Staatsämter unter den letzten liberalen Ministerien bekleidete — ist unter den Durchgefallenen. Lord Hartingdon, der Kriegssekretär des letzten liberalen Ministeriums, ist in der nördlichen Abtheilung von Lancashire von einem Tory verdrängt worden. In der City von London haben die Tories einen Kandidaten durchgezetzt, die andern beiden wurden nur durch wenige Stimmen besiegt. Die alte City von Westminster (zu London gehörig) hat den radikalen Politiker und freidenkerischen Schriftsteller Stuart Mill durch den conservativen Zeitungverkäufer Smith mit einer Majorität von 1500 Stimmen schlagen lassen. Die Tories sängen auch Halleluja, Halleluja! haben jedoch keine Ursache. In der Wahl von 1865 hatten die Palmerston-Liberalen eine Majorität von 65. Ein großer Theil derselben waren alte Whigs, die 1865 nicht so liberal waren, wie die Tory-Minister von heute. Soweit die Wahlen entschieden sind, ergibt sich eine Majorität für Gladstone's künftiges Ministerium von 144. Die noch zu entscheidenden Wahlen werden diese Majorität eher verstärken als vermindern. Die zum ersten Male gewählten Mitglieder belaufen sich bereits beinahe auf hundert. Sie nehmen größtentheils die Plätze von Tories und alten Whigs ein. Weß Geisteskind das neue Parlament sein wird, läßt sich aus

*) Die Vertretung ist in England nicht nach der Kopfzahl geregelt, sondern knüpft sich ohne Berücksichtigung der Einwohnerzahl willkürlich an einzelne Städte, während andere unvertreten sind.

*) Hackney, Marylebone, Tower Hamlet's und Finsbury sind zu besonderen Wahlbezirken abgegrenzte Theile der Riesenstadt London, die bekanntlich aus vielen Städten und Dörfern zusammengewachsen ist und jetzt über drei Millionen Einwohner zählt.

Folgendem errathen: Birmingham hat drei große Fabrikanten gewählt. Liverpool zwei große konservative Kaufleute und einen liberalen Aristokraten (Maffey, eine liberale Größe, ist durchgefallen). Manchester drei große Fabrikanten; viele Städte haben eins ihrer früheren Mitglieder behalten und ihm einen Fabrikanten zum Kollegen gegeben.

Der „Economist“ (Hauptorgan der Bourgeois-Oekonomie, aber liberal thugend) sagt: „Die Wahl hat drei wichtige Punkte klar und deutlich offenbart. Der erste ist die vollständige Nutzlosigkeit der letzten Reform-Akte für die Arbeiterklasse.“ Der „Economist“ bedauert, daß keine Arbeiter ins Parlament gekommen sind, weil nun die Gesetzgebung über die Trades' Unions (Gewerks-Genossenschaften) einem Parlamente überlassen werden müsse, das in dieser Hinsicht um keinen Pfifferling besser sei als das alte Palmerston'sche. Er kann nur zwei Mitglieder sehen, die dem Arbeiter das Wort reden werden, Hughes und Hancock; beide sind ihm zu „sentimental“, die Arbeiterfrage sei ihnen nur ein Stiefenpferd, eine Lieblings-theorie ohne wirkliche Vertrautheit mit dem praktischen Leben der Arbeiter selbst. Der „Economist“ vergißt Hrn. Mundella, der in seiner Ansprache an die Wähler von Sheffield die Trades' Union-Frage zu seiner Hauptfrage gemacht hat; Hr. Mundella verlangt unbeschränkte zivilrechtliche Anerkennung der Gewerks-Genossenschaften*); sie sollen vor dem Gesetz Geltung haben wie jede andere Körperschaft. Mundella ist der schon früher erwähnte Strumpffabrikant von Nottingham, wann ich nicht irre, ein geborner Eschse, der es in Nottingham und Leicestershire so weit gebracht hat, daß dort Delegirte der Fabrikanten und der Trades' Unions periodisch zusammenkommen, um ihre gegenseitigen Geschäftsverhältnisse zu besprechen. Mundella hatte eine Majorität von dreitausend über den alten Erzschimpfer und Erzschelm Roebuck.

Der zweite „Punkt“ des „Economist“ ist, daß die Wahl die sonderbare Idee Lügen gestraft habe, als befände sich unter der alten politischen Oberfläche eine zahlreiche niedere Klasse, die nicht das Wahlrecht besitze und begierig sei, durch weisere und bessere Parlamentsmitglieder vertreten zu werden.

Der dritte „Punkt“ ist, daß die Fabel, es gebe konservative Arbeiter, in die Luft gesprengt sei. „Die Einbildung, sagt der „Economist“, daß in den Tiefen der sozialen Schichten eine neue Tory-Abklagerung verborgen stecke, ist zerronnen. Die alten Whigs sind nirgends — nowhere — und das untere Extrem (äußerste Partei), die Reform-Liga, ist nirgends, mit andern Worten: sie haben keine Vertreter im neuen Parlament. Die Stimme des neuen Parlaments wird nicht die Stimme von Lord Palmerston, noch die Stimme von Bradlaugh (sein sehr weitgehender Demokrat), sondern die Stimme von Gladstone sein. Das neue Parlament wird gemäßigt radikal oder extrem liberal sein.“

Das ist die reine Bürgerherrschaft. So lange die industrielle Bourgeoisie, das radikale Bürgerthum, sich mit der Finanz- und Landaristokratie um die politische Oberherrschaft stritt, mußte sie das Proletariat durch schön klingende wenn auch nichtssagende Phrasen aufwiegeln. Einmal siegreich, wird sie ihren Sieg benutzen, um sich durch einige bürgerliche Reformen die Macht gegen die Aristokratie zu sichern. Gladstone und die „Times“, Bright und seine Anbeter erklären tagtäglich, daß das Wahlgeseß vereinfacht und die

*) Als politische Körperschaften sind sie seit 1825 gesetzlich anerkannt; aber das Recht, Eigenthum zu besitzen, wird ihnen noch bestritten, so daß sie in Geldsachen nicht klagen können.

Volkvertretung gleichmäßiger verteilt werden muß.*) Robert Lowe erklärte als gewählter Vertreter der Londoner Universität dasselbe vor seinen Wählern, und die Sache kann bereits als abgemacht betrachtet werden. (?) Mit dieser Verbesserung des Wahlgeseßes empfängt die Aristokratie den politischen Gnadenstoß. Das Zeugniß der politischen Ohnmacht, welches sich die Arbeiter der großen Städte theils durch ihre Zersplitterung, theils aus Mangel an Takt, theils weil sie noch nicht den alten bürgerlichen Phrasenhelden den Rücken kehren wollen, ausgestellt haben, wird die Sache um so leichter machen. Wären die Arbeiter selbstständig aufgetreten, so hätten die radikalen Bürger gestuzt. Statt dessen haben sie sich wie friedliebende gute Jungen betragen, ihre Führer größtentheils im Stich gelassen, und Aristokraten und Bourgeois, Konservative, Liberale und Radikale wetteifern mit einander in ihrem Bedauern, daß keine Arbeiter ins Parlament gekommen sind (nachdem sie die Arbeiter-Kandidaturen auf alle mögliche Weise hintertrieben haben!), und wundern sich, daß sie je so thöricht sein konnten, der ordnungsliebendsten aller Klassen auch nur einen Augenblick zu misstrauen.

Wenn aber die Arbeiter den liberalen und radikalen Wortführern nicht den Rücken kehren, so werden sie bald entdecken, daß ihre bürgerlichen Abgötter ihnen den Rücken kehren werden, sobald diese ihr Ziel erreicht. Wie man jetzt die Entdeckung gemacht hat, daß die Arbeiter nicht so schlammig sind als sie aussehen, so werden die Arbeiter später die Entdeckung machen, daß die radikalen Bürger im Besitz der Herrschaft nicht halb so freundlich gegen sie sein werden, als bisher. Die Bürger werden mit der Aristokratie Hände schütteln, wie man auf englisch sagt, und den Arbeitern Zutritte geben.

Werden diese auch dann noch „gute Jungen“ bleiben? So lange das radikale Bürgerthum in der Minderheit war und nur eine untergeordnete Rolle im Parlament spielte, konnte es alles Unheil auf die regierenden Häupter der Aristokratie wälzen. Sobald es den Staat regiert, fallen die Schläge der Volksunzufriedenheit auf sein eigenes Haupt, es wird gezwungen, sich in seinem wahren arbeitersfeindlichen Lichte zu zeigen.

*) Wie schon wiederholt erwähnt, richtet sich in England die Vertretung nicht nach der Kopfzahl, und hat die Bevölkerung der großen, wesentlich liberalen Städte eine weit geringere Vertretung als ihr zukommt.

Anzeige.

Spielwerke

mit 4 bis 48 Stücken, worunter Prachtwerke mit Glockenspiel, Trommel- und Glockenspiel, mit Himmelsstimmen, mit Mandolinen, mit Expressions u. s. w. Ferner:

Spieldosen

mit 2 bis 12 Stücken, worunter solche mit Necessaires, Cigarrenständer, Schweizerhäuschen, Photographie-Albuns, Schreibzeug, Handschubkasten, Cigarren-Stuis, Tabaks- und Zündholzdosen, Puppen, Arbeitersischen, alles mit Musik; ferner Stühle, Spielzeug, wenn man sich setzt. Stets das Neueste empfiehlt

J. H. Heller in Bern.

Zu Weihnachtsgeschenken eignet sich nichts besser, als in keinem Salon, an keinem Krankenbette sollten diese Werke fehlen. Preiscurante sende franko; auch besorge Reparaturen. Lager feinsten tigen Werke.